



Gefangene Afghanen in einem Lager der amerikanischen Streitkräfte.

CARLOS BARRIA / REUTERS

## Neue Einblicke in den Geheimdienstbericht

### Bürokratische Abläufe rund um das Verhörprogramm der USA

Der CIA-Bericht über frühere Verhörmethoden erlaubt Einblick nicht nur in deren Anwendung, sondern auch in die damit verbundenen bürokratischen Abläufe. Es fehlte nicht an Stimmen, die voraussagten, das Experimentieren mit Folter werde der CIA langfristig schaden.

**B. A. Washington, 25. August**

Der soeben publizierte Bericht einer internen Aufsichtsstelle über die Anwendung sogenannt erweiterter Verhörmethoden durch den amerikanischen Geheimdienst CIA dokumentiert sowohl Improvisation als auch intensive Versuche, sich rechtlich abzusichern. Der bis anhin geheime Bericht umfasst im Original 109 Seiten. Er stammt vom Mai 2004 und deckt den Zeitraum von September 2001 bis Oktober 2003 ab. Obwohl Dutzende von Seiten Text mit Rücksicht auf die nationale Sicherheit schwarz abgedeckt sind, legt er neue Angaben darüber offen, wie Gefangene misshandelt und eingeschüchtert wurden. Es geht auch klar hervor, dass die CIA permanent bemüht war, sich bei der Regierung Bush rechtliche Absicherung zu verschaffen.

#### Unter grossem Erfolgsdruck

Die amerikanischen Geheimdienste hatten dabei versagt, die Terroranschläge vom 11. September 2001 zu verhindern. Danach standen sie unter gewaltigem Druck, der Schuldigen rasch habhaft zu werden und die Planung neuer Angriffe durch die Kaida im Keim zu ersticken. Die CIA war laut dem Bericht schlecht darauf vorbereitet, Verdächtige zu verhören. Dies unter anderem deswegen, weil sie nach ihren scharf kritisierten Operationen in Lateinamerika 1986 das interne Programm zur Ausbildung von Verhörpersonal eingestellt hatte. Das hatte zur Folge, dass die Behörde unklare Anweisungen an die eigenen Agenten erliess und diese nicht hinreichend beaufsichtigte. Zwar besserte sich dieser Zustand im Zeitraum des Berichts, doch wandten die Agenten im Feld nicht autorisierte, improvisierte und inhumane Techniken an.

Der Bericht hält fest, dass die CIA nicht nur die vorgesetzten Stellen in der Regierung permanent informierte und konsultierte, sondern auch die für die Geheimdienste zuständigen Kongressausschüsse ins Bild setzte. Demnach äusserte kein Kongressmitglied Bedenken gegen die «erweiterten Verhörmethoden». Diese waren vom Justiz-

ministerium peinlich genau definiert worden. Es war in der damals herrschenden und durch die Juristen geschaffenen Atmosphäre wohl unvermeidlich, dass es zu formell nicht autorisierten Übergriffen kam. Demnach wurden Verhörte damit bedroht, Familienangehörige würden umgebracht oder in ihrer Gegenwart vergewaltigt. Andere Einschüchterungsmethoden umfassten vorgetäuschte Hinrichtungen und Folterungen, Abreiben mit einer Kratzbürste und das Zudrücken der Halsschlagadern.

Die CIA verfügte nach Angaben des Berichts über zu wenig kompetentes und sprachkundiges Personal, um die Gefangenen und deren Umfeld korrekt einschätzen zu können. Dies habe zu falschen Bewertungen dessen geführt, was die Verdächtigten wissen mussten oder konnten, und somit zu falschen Urteilen darüber, was diese unter Verhör nicht gestanden. Dennoch bewertet der Bericht das Verhörprogramm insgesamt als Erfolg, äussert aber Zweifel daran, dass dies den «erweiterten» Methoden zu verdanken sei. Deren tatsächliche Anwendung sei jedenfalls unverträglich mit der offiziellen Menschenrechtspolitik der Vereinigten Staaten. Das Dokument zitiert ferner gewisse CIA-Angehörige, die unaufgeforderte Bedenken darüber geäussert hätten, dass sie derzeitig wegen Kriegsverbrechen vor einem «Weltgericht» zu erscheinen hätten und dann von der CIA im Regen stehengelassen würden. Einer sagte: «In zehn Jahren werden wir bereuen, was wir da tun, aber es muss getan sein.»

#### Zusätzliche Belastung

Vielleicht kommt die Reue schon früher: Justizminister Holder hat offenbar unter dem Eindruck des Berichts einen Staatsanwalt damit beauftragt, einzelne Übergriffe strafrechtlich zu bewerten. Zwar widerspricht Holders Schritt den oft geäusserten Aufforderungen Präsident Obamas, sich nicht von der Vergangenheit zurückhalten zu lassen, doch wirkt es nicht, als hätte er seinem Vorgesetzten zuwidergehandelt. Laut unbestätigten Angaben drängte das Weisse Haus auf die Veröffentlichung des Berichts, während sich der von Obama ernannte Chef der CIA, Panetta, dagegen gesträubt haben soll. Ob sich die Untersuchung auf wenige Fälle beschränken lässt, ist zweifelhaft. Die politischen Folgen könnten die Administration Obama, die mit der Gesundheitsreform und anderen herkulischen Vorhaben bereits reichlich beschäftigt wirkt, erheblich belasten.

## Afrikaner wollen Geld zur Behebung von Klimaschäden

**Addis Abeba, 25. Aug. (dpa)** Afrikanische Staaten wollen sich von den Industrieländern für die angeblich vom Klimawandel verursachten Klimaschäden auf dem Kontinent entschädigen lassen. Nach einem am Dienstag bekanntgewordenen Resolutionsentwurf, über den in Addis Abeba Umwelt- und Agrarminister aus zehn afrikanischen Ländern beraten, ist von 67 Milliarden Dollar die Rede. Ausserdem wollen die Afrikaner am Klimagipfel Ende des Jahres in Kopenhagen eine Senkung der Schadstoffemissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 fordern. Über den Entwurf soll am Wochenende an einem Treffen der Afrikanischen Union in Libyen entschieden werden. Afrika gilt als der Kontinent, der am meisten unter dem Klimawandel zu leiden hat. Allerdings werfen Umweltverbände den afrikanischen Erdölproduzenten vor, selber erhebliche Schäden zu verursachen. So wird etwa auf die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts im Nigerdelta verwiesen. Die Abholzung der Wälder ist laut dem Earth Institute der Columbia Universität in Afrika viel intensiver als in anderen Teilen der Welt.

## Israel strebt Nahost-Gipfel im September an

**London, 25. Aug. (afp/dpa)** Israel hat zu Beginn der Europareise des Regierungschefs Netanyahu eine baldige Wiederaufnahme der Nahost-Friedensgespräche in Aussicht gestellt. Auftakt könne ein Gipfeltreffen zwischen Netanyahu, dem amerikanischen Präsidenten Obama und dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas im September sein, sagte ein israelischer Regierungsvertreter in London. Ein solches Treffen könne in New York stattfinden, wenn dort im September die Uno-Generalversammlung tage. Als Zeichen guten Willens wolle Israel auch ranghohe Vertreter arabischer Staaten treffen, die keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielten, sagte der israelische Regierungsvertreter weiter. Zum Auftakt der Europareise Netanyahus stand am Dienstag ein Treffen mit dem britischen Premierminister Brown auf dem Programm. Für Mittwoch ist ein Gespräch zwischen Netanyahu und dem amerikanischen Gesandten Mitchell in London vorgesehen. Am Donnerstag wird Netanyahu im Kanzleramt in Berlin erwartet.

## Die CIA auf der Anklagebank

Die Einleitung einer Strafuntersuchung gegen Mitarbeiter des Geheimdiensts CIA könnte weitreichende Konsequenzen haben. Präsident Obama hatte monatelang vor diesem Schritt gewarnt und gemahnt, in die Zukunft zu schauen, statt in der Geschichte herumzustochern. Mit gutem Grund befürchtet Obama, dass eine strafrechtliche Aufarbeitung der Ära Bush alte Wunden aufreissen, das Klima in Washington vergiften und von den Reformprojekten der neuen Regierung ablenken wird. Doch die Vergangenheit lässt sich nicht so leicht verdrängen. Menschenrechtsgruppen und der linke Flügel der Präsidentenpartei hatten in ihrer Forderung nach einer Abrechnung mit der Ära Bush nie nachgegeben.

#### EINE KETTENREAKTION?

Formal bedeutet die Entscheidung des Justizministers noch keine Hexenjagd: Es geht nur um rund zehn Fälle, in denen Geheimdienstler beim Verhör von Terrorverdächtigen Gesetze gebrochen haben könnten und die nun unter Leitung eines Sonderanwalts neu aufgerollt werden sollen. Justizminister Holder hatte kaum eine andere Wahl, nachdem ihm entsprechende Indizien vorgelegt worden waren. In einem Rechtsstaat können die Justizbehörden nicht einfach wegschauen, nur weil es politisch opportun scheint. Aber bei einer derart eng umgrenzten Untersuchung wird es kaum bleiben. Die Erfahrung in den USA zeigt, dass Sonderanwälte ihre Ermittlungen regelmässig ausweiten und schliesslich Anklagen erheben, die über das ursprüngliche Mandat weit hinausgehen. Das berühmteste Beispiel ist der Sonderermittler Starr, der Ende der neunziger Jahre beinahe den damaligen Präsidenten Clinton zu Fall gebracht hätte.

Im vorliegenden Fall wäre eine Ausweitung der Untersuchung nicht einmal unplausibel: Warum beispielsweise sollte ein Geheimdienstler, der einen Terroristen auf unerlaubte Weise in Todesangst versetzte, die volle Härte des Strafgesetzbuches erfahren, während sein Kollege, der die Foltermethode des Waterboarding anwendete, ungeschoren davonkommt? Die legalistische Unterscheidung besteht darin, dass die eine Handlung ein einzelner Übergriff war, die andere eine von oben

bewilligte Methode. Riefe man hingegen auch jene Personen vor den Richter, die ihre Gefangenen auf obrigkeitlichen Befehl hin peinigten, stellte sich gleich die nächste Frage: Weshalb dann bei diesen Leuten haltmachen und nicht auch die Juristen zur Rechenschaft ziehen, die solche Schandtaten pseudolegal verbrämen, oder die politisch Verantwortlichen, bis hinauf ins Weisse Haus?

Die Angst vor einer solchen Kettenreaktion war wohl der Grund, weshalb Obama von der Einsetzung eines Sonderanwalts abriet. Politisch kann er von ausufernden Ermittlungen nicht profitieren: Die Stimmung in der Bevölkerung würde sich rasch gegen ihn wenden, wenn der Eindruck einer Abrechnung mit der vorherigen Regierung entstände. Ebenso weiss Obama, dass die Geheimdienste seine wichtigste Stütze im Kampf gegen den Terrorismus bleiben. Eine jahrelange öffentliche Anprangerung der CIA würde deren Mitarbeiter nachhaltig demoralisieren.

#### DAS LAND IST BEREITS WEITER

Strafuntersuchungen in einigen klar umrissenen Fällen der Ära Bush können sinnvoll sein, denn die Terrorbekämpfung darf nicht als Blankocheck für die Verletzung der Menschenrechte missbraucht werden. Aber als generelles Mittel zur Vergangenheitsbewältigung eignet sich das Strafgesetzbuch schlecht. Die öffentliche Aufarbeitung von Fehlern – durch die Medien, durch regierungsunabhängige Organisationen, durch die Politik – ist oft ein geeigneteres Mittel. Es ist auch nicht so, dass in den USA in dieser Hinsicht bis jetzt nichts geschehen wäre, im Gegenteil: Die Experimente mit harschen Verhörmethoden sind heute gründlich diskreditiert. Die schlimmsten Auswüchse wurden schon vor Jahren gestoppt; die Regierung hat sich auf die Genfer Konventionen zurückbesonnen. Auch die politisch Verantwortlichen kamen nicht ungeschoren davon: Abu Ghraib und Guantánamo bleiben dunkle Flecken auf der Weste Bushs und mancher seiner Minister. Strafuntersuchungen können dieser Entwicklung bestenfalls nachhaken, doch die entscheidenden Korrekturen sind bereits vollzogen.

A. R.

## Weiterhin Ungereimtheiten um die «Arctic Sea»

### Die russischen Behörden halten die Besatzung immer noch fest

Eine Woche nach der «Befreiung» des Frachters «Arctic Sea» aus der Hand angeblicher Piraten befinden sich diese in russischer Untersuchungshaft. Die heimgekehrte Schiffsbesatzung wird an unbekanntem Ort festgehalten. Die Hintergründe sind nach wie vor unklar.

**mac. Moskau, 25. August**

Die Vorgänge rund um den unter maltesischer Flagge fahrenden Frachter «Arctic Sea» sind auch eine Woche nach der angeblichen Befreiung des Schiffs aus der Hand von Piraten vor den Kapverdischen Inseln von einer dicken Nebelwand umgeben. Der Verdacht, dass sich hinter der Geschichte über Piraterie in der Ostsee und dem mysteriösen Verschwinden des Hochseeschiffs mehr verbirgt, wurde auch nach der Heimkehr eines Teils der Schiffsbesatzung und der Festnahme der angeblichen Seeräuber nicht entkräftet. Im Gegenteil – die russischen Behörden verhalten sich seit Beginn der Vorgänge so seltsam, dass sie den seit Tagen zirkulierenden Verschwörungstheorien stets neue Nahrung verschaffen.

#### Hilferuf an den Patriarchen

Die Rückführung von elf Seeleuten und acht «Piraten» in zwei Militärtransportflugzeugen hatte zunächst aus zwei Gründen für Fragen gesorgt. Die Grösse der Flugzeuge passte zu den Gerüchten darüber, dass der Frachter nicht nur Holz aus Finnland, sondern vielmehr andere, heiklere Güter wie Waffen transportiert habe und deshalb auch das Interesse der russischen Marine – und womöglich der «Piraten» – auf sich gezogen habe. Zusammen mit der Besatzung wurde dann nach dieser Lesart die Fracht nach Russland zurückgebracht. Bizarriert war auch das Interview mit einem der festgesetzten «Freibeuter», der sich als Umweltschützer bezeichnete, jedoch nicht genau sagen konnte, für welche Organisation er denn tätig gewesen sei. Die Seeleute dagegen wurden von Medien und Öffentlichkeit abgeschirmt.

Die Angehörigen der Seeleute beklagten sich darüber, sie hätten auch nach deren Heimkehr keinen Kontakt zu ihren Nächsten herstellen können. Die Generalstaatsanwaltschaft hingegen beteuert, die Besatzung sei bereits mit den Verwandten in Verbindung getreten und sei, nachdem sie befragt worden sei, nicht in Haft. Allerdings werden die elf Personen an einem unbekanntem Ort unter Obhut

der Sicherheitsorgane weiterhin festgehalten – weshalb sie nicht nach Hause dürfen, gehört zu den Ungereimtheiten des Verfahrens. Dass das Schiff nun nicht seine geplante Route nimmt, sondern nach Russland fährt, begründete der russische Chefermittler Bastrykin mit dem Verdacht auf zusätzliche Ladung an Bord.

#### Hilfe der Nato

Die «Piraten», die sich selbst als Umweltschützer bezeichnen und unbewaffnet und auf der Suche nach Benzin an Bord der «Arctic Sea» gelangt sein wollen, befinden sich seit Freitagabend in Untersuchungshaft. Es handelt sich bei den acht Personen um Esten, Letten und Staatenlose mit Vorstrafen. Sie wehren sich nicht nur dagegen, überhaupt festgesetzt zu sein, sondern auch dagegen, dass Russland die Ermittlungen führt. Russische Medien berichteten, die angeblichen Seeräuber seien von einem ausländischen Geheimdienst angeheuert gewesen. Ausser Zweifel steht, dass der Frachter nie völlig «verschwinden» war. Ende vergangener Woche hatte der russische Nato-Botschafter Rogosin bereits gesagt, er habe die Nato gebeten, den Kurs des Schiffes zu verfolgen. Dank dieser Zusammenarbeit sei die «Arctic Sea» dann aufgebracht worden.

Anzeige

## Magen-, Darmprobleme



KLINIK SCHLOSS MAMMERN  
Akutspital für Innere Medizin  
mit integrierter Rehabilitation  
Tel. +41 52 742 11 11  
Fax +41 52 742 16 11  
8265 Mammern, Thurgau  
mail@klinik-schloss-mammern.ch  
www.klinik-schloss-mammern.ch  
www.swissleadinghospitals.ch